

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 40

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UdSSR kauft Weizen: Notbedarf oder Kriegsreserve?

Ueber zehn Millionen Tonnen Getreide hat die Sowjetunion im Westen eingekauft und verhandelt um weitere Importe, unter anderem aus den USA. Handelt es sich um eine Versorgungskrise, oder will sich Moskau «strategische Reserven» anlegen? Eine Prüfung der Sachlage ergibt, dass ersteres eine Gewissheit ist und letzteres eine Vermutung bleibt, die sich kaum schlüssig erhärten lässt. Ihr Gold braucht die UdSSR, um die Bevölkerung zu ernähren.

Die Landwirtschaft bleibt in ihrer Entwicklung hinter der Industrie zurück — eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern eigen ist und die eine der tiefsten Ursachen der Störung der Proportionalität zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, eine Ursache der Krisen und der Teuerung darstellt. Lenin

Die Ironie will es, dass Lenins Feststellung heute zutreffend erscheint, unter der Bedingung freilich, dass man das Wort «kapitalistisch» durch das Wort «kommunistisch» ersetzt. Chruschtschew selbst gab vor seinem eigenen Volk die Getreidekäufe im Westen, die sowjetische Missernte 1963 und die bessere Bewirtschaftung des amerikanischen Bodens zu. Und dabei hatte Chruschtschew erst ein halbes Jahr zuvor («Prawda», 18. März 1963) erklärt:

«Unsere Reserven an landwirtschaftlichen Produkten sollen uns erlauben, auch auf den kapitalistischen Markt hinauszugehen, wenn es notwendig und zweckmässig ist.»

Und nun: Erstmals seit Kriegsende wird die Sowjetunion mehr — und aller Wahrscheinlichkeit nach ganz beträchtlich mehr — Weizen importieren als exportieren. Dabei ist die Bevölkerung zu sparsamem Verbrauch ermahnt, der Brot- und Mehverkauf im Einzelhandel eingeschränkt worden (zu berücksichtigen ist noch, dass der Brotkonsum in der UdSSR grösser ist als bei uns).

Für die ausserordentliche Knappheit zu diesem Zeitpunkt gilt es, verschiedene Punkte zu berücksichtigen:

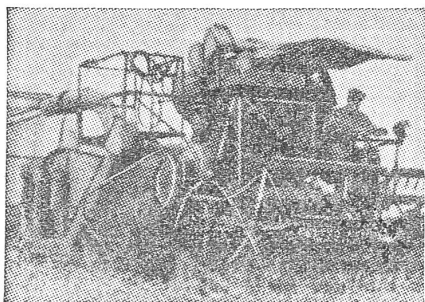
Die diesjährige Getreideernte dürfte um mindestens zehn Millionen Tonnen unter der letztjährigen liegen. Aber schon der Ertrag der letzten vier Jahre blieb unter dem Plan.

*

Chruschtschews Kampagne zur Urbarmachung von neuem Land hat die Versprechungen nicht gehalten. Der Ertrag pro Hektar ging in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr zurück.

*

Die UdSSR musste von Jahr zu Jahr mehr Getreide in die Volksdemokratien ausführen. Neu auf der Liste steht Kuba. Dazu kommt noch der Export in Entwicklungsländer (der aus Prestige Gründen aufrecht erhalten wird) und in westliche Staaten (hier versucht die Sowjetunion allerdings, sich von ihren vertraglichen Pflichten zu befreien).



Schlechte Ergebnisse trotz moderner Maschinen: ein Mähdrescher aus der deutschen Sowjetzone.

Die Reiseinfuhr aus China hat praktisch aufgehört.

*

Die Landwirtschaft ist in den kommunistischen Staaten gegenüber der Industrieentwicklung überhaupt benachteiligt. Chruschtschew hat diese Linie beibehalten. Ebenfalls zum System gehört der Nachteil der Kollektivbebauung, für die der Bauer kein Interesse aufbringt.

1. Die Bruttoproduktion an Getreide und die Ablieferung an den Staat (was die Kolchosen nicht zur Selbstversorgung, Fütterung und Aussaat zurückbehalten) zeigt in den letzten Jahren folgendes Bild (in Millionen Tonnen):

Jahr	Brutto	Abgeliefert
1958	141,2	56,6
1959	125,9	46,7
1960	124,4	46,6
1961	137,3	52,1
1962	147,5	56,6
1963 (Schätzung)	135,0	46,6

Die Schätzung der diesjährigen Ernte dürfte aber nachträglich noch eine Korrektur nach unten erfahren, weil der Getreideanteil, der nass auf den Feldern liegen bleibt und verdirbt, laut sowjetischen Angaben dieses Jahr beträchtlich höher liegt als sonst.

Für 1965 sieht der Plan 164 bis 180 Millionen Tonnen vor und für 1970 gar 295 bis 310 Millionen. Dabei wäre der Getreidebedarf nach Chruschtschews Angaben immer noch nicht befriedigend gedeckt. Dazu brauchte es 191 Millionen Tonnen für 1965. Im Lichte dieser Zahlen scheinen die sowjetischen Weizeneinkäufe nicht übersetzt. Die vor allem in Deutschland geäusserte Vermutung, dass «die sowjetischen Einkäufe den durch den Ernteausfall bedingten Bedarf weit überschritten» und daher «strategische Bedeutung» haben müssten, braucht also nicht unbedingt zuzutreffen.

2. Vor nicht ganz zehn Jahren, 1954 und 1955, begann Chruschtschews grosse Kampagne zur beschleunigten Gewinnung von Neuland. Das sind gewaltige Gebiete vor allem in Sibirien und Kasachstan, die zu Anbauflächen urbar gemacht werden sollten. Aber gerade die Beschleunigung erwies sich als Bumerang: weil zuwenig Wald gepflanzt wurde, boten die riesigen Aecker auf der dünnen Humusschicht Wind und Wetter zu geringen Widerstand. Die Bodenerosion hat sich verhängnisvoll ausgewirkt. So ging der Ertrag pro Hektar in der Sowjetunion regelmässig zurück. Er ist zweieinhalbmal tiefer als in den EWG-Ländern.

Die Entwicklung zeigt sich krass, wenn man die Ernte (oben) vergleicht mit der zunehmenden Getreideanbaufläche (in Millionen Hektar): 1953: 106,7, 1955: 126,4, 1958: 125,2, 1959: 119,6, 1960: 121,7, 1961: 122,3, 1962: 133,9, 1963: 139.

3. Die sowjetischen Getreideexporte haben in den letzten Jahren ebenfalls zugenommen, ohne freilich die Höhe der vorrevolutionären Zeit (fast 11 Millionen im Jahresdurchschnitt) zu erreichen. Immerhin steigerten sie sich von 5,1 Millionen Tonnen im Jahre 1958 auf 7,8 Millionen im letzten Jahr. Die Steigerung betrifft in erster Linie die Volksdemokratien

(Hauptbezügler ist die SBZ) und Brasilien. Kuba bezog letztes Jahr 270 000 Tonnen Weizen, die Ostblockländer insgesamt 70 Prozent der Ausfuhr. Das spiegelt auch die Lage der Landwirtschaft in den Satelliten. Einzig Rumänien mag sich selbst halten (und hat gerade der UdSSR 400 000 Tonnen Weizen «zurückgeben» müssen). Mit Ausnahme der Tschechoslowakei hatten diese Länder vor der kommunistischen Machtübernahme alle Weizen exportieren können. Und die CSSR hat ihren Import stark vergrössert (die Getreide- und Mehleinfuhr stieg zwischen 1953 und 1960 um hundert Prozent auf zwei Millionen Tonnen). Die Sowjetunion macht mit ihren Weizenlieferungen an die Ostblockländer ein Ge-

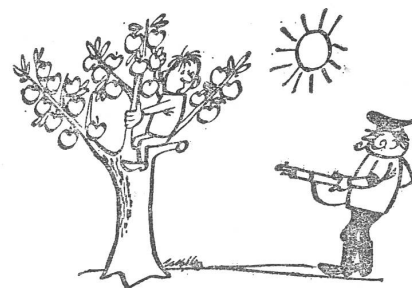
Bulgarische Erntekritik



Genosse Wilhelm Tell und die Ernte (als allegorische Figur). Eine Zeichnung des bulgarischen Gewerkschaftsblattes «Trud», Sofia.



Die Schweine helfen uns bei der Ernte. («Starschel», satirische Zeitschrift, Sofia.)



He, Bub, herunter vom Baum! Der gehört nicht dir, sondern der Gemeinschaft. Uebrigens — hol doch einen Korb, da können wir viel mehr mitnehmen. («Starschel»)

schäft; sie verlangt (laut westlichen Berechnungen) 10 bis 20 Prozent mehr als von den übrigen Käufern.

4. Der sowjetische Reisimport ging von 689 000 Tonnen im Jahre 1959 auf 20 (zwanzig) Tonnen im Jahre 1961 zurück: eine Folge des Streites mit China.

5. Das Missverhältnis zwischen dem Wachstum der Industrieproduktion und den landwirtschaftlichen Erträgen ist ein Kennzeichen aller kommunistischen Länder. Die Sowjetunion steigerte ihre Industrieerzeugnisse zwischen 1940 und 1952 auf das 2,3fache, ihre Landwirtschaftsproduktion in der gleichen Zeit überhaupt nicht. In unterschiedlichem Ausmass ist die gleiche Erscheinung auch in den Volksdemokratien zu beobachten. In allen Volksdemokratien zeichneten sich Agrarkrisen im gleichen Augenblick ab, als der Boden kollektiviert wurde (nur in Polen ist noch der Grossteil des bebaubaren Landes in Privatbesitz). Auch nach 45 Jahren Kommunismus trifft es noch zu, dass der Bauer aus dem Land am meisten herausholt, das ihm selber gehört.

Soziales

SBZ

Vier Franken Taglohn

Die bei der Hackfruchtbergung in der SBZ als Erntehelfer eingesetzten Studenten, Oberschüler und Lehrlinge erhalten für das Sammeln von Kartoffeln hinter Schleuder- und Vorratsroden eine von der Zonenverwaltung festgesetzte Entschädigung. Die Mindestleistungen wurden aber derart hochgeschraubt, dass sie von den Jugendlichen, die ja an Landarbeit nicht gewöhnt sind, kaum erreicht werden können. Bei einem Kartoffelertrag von 150 Doppelzentnern je Hektar wird für jede gesammelte Kiepe (25 kg) hinter dem Schleuderroder sieben Pfennig und hinter dem Vorratsroder 5,5 Pfennig bezahlt. Gefordert werden Leistungen von 56 beziehungsweise 72 Kiepen pro Tag. Selbst wenn diese hohe Norm von den ungeübten Kräften erfüllt würde, käme lediglich ein Tagesverdienst von etwa 3,92 oder 3,96 DM heraus. Die Vergütungen werden aber nur dann gezahlt, wenn die Erntehelfer mindestens eine Woche lang ununterbrochen bei der Kartoffelbergung mitgeholfen haben. Es versteht sich wohl, dass diese Art der Entschädigung mit ihrer Normenscinderei auf die Jugendlichen nicht gerade ermutigend wirkt.

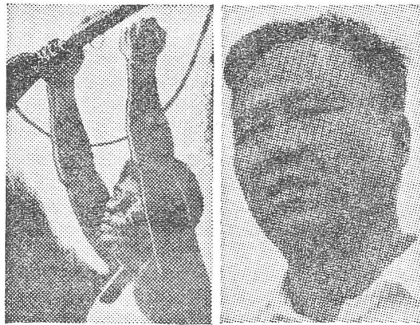
Konflikt

Guinea

In Konkurrenz

um den Einfluss auf das westafrikanische Guinea stehen China und die Sowjetunion. Das kommunistisch inspirierte Regime von Präsident Sékou Touré hat offenbar vorläufig keine Absicht, sich für die eine oder die andere Seite zu entscheiden.

Die Abkühlung der zuvor so brüderlichen Beziehungen zur UdSSR hatte vor zwei Jahren eingesetzt, als ein sowjetisches Komplott zum Sturze der Regierung in Conakry aufgedeckt wurde. Der Zwischenfall fand mit der Ausweisung des Sowjetbotschafters Solod zwar sein offizielles Ende, aber mit der Beherrschung der Szene durch Moskau allein ist es seither vorbei. Guinea gibt sich wieder betonter nationalistisch einerseits und etwas



Konkurrenz in Conakry: Links ein Inserat für eine sowjetische Graphikausstellung im pathetischen anticolonialistischen Kampfstil. Rechts das Porträt eines chinesischen Experten, der den Bau einer Zigaretten- und Zündholzindustrie beaufsichtigt.

neutraler andererseits. Auch amerikanische Inserate zieren jetzt etwa die einzige Zeitung des Landes, «Horoya», die in der Hauptstadt Conakry herauskommt. Sie stehen vielleicht neben Anzeigen der «Peking Review» oder von «Hier spricht Moskau». Jedenfalls kommt von den beiden kommunistischen Grossmächten China in letzter Zeit vermehrt zum Zuge und wird auch von den Propagandisten Guineas ausführlich gewürdigt. Von Conakry aus geht auch reichliches Propagandamaterial nach Senegal, dem Nachbarland im Norden.

Uebrigens beschränkt sich China keineswegs nur mit «geistiger Präsenz» im Lande. Kürzlich war in «Horoya» vom Fortschritt im Bau einer grossen Industrieanlage in der Nähe der Hauptstadt (Rauchwarenfabriken, die jährlich 24 Millionen Zigarettenpäckchen und 45 Millionen Streichholzschächtelchen produzieren sollen). Die Arbeiten werden von einem «chinesischen Experten», Kuo Hui Ting, mitgeleitet. Seine Verdienste wurden gepriesen, sein Bild veröffentlicht.

So entdecken afrikanische Staaten, dass sie nicht nur Kommunismus und Westen, sondern auch Moskau und Peking gegeneinander ausspielen können.

Bevölkerung

China

Fast 800 Millionen bis 1965

Es sind zehn Jahre her, dass man in China die erste umfassende Volkszählung vorgenommen hat. Damals betrug die Einwohnerzahl 582,6 Millionen. Heute weiss weder das kommunistische Regime noch sonst irgendjemand genau, wie viele Chinesen es eigentlich gibt. Die Schätzung für das Jahr 1963 beträgt 728 000 000, und für 1965 rechnet man mit nahezu 800 000 000.

In der kommunistischen Presse Chinas findet sich kein einziger Hinweis auf den 10. Jahrestag der Volkszählung des Jahres 1953. Die letzte von der chinesischen Regierung veröffentlichte Zahl über den Einwohnerstand stammt aus dem Jahre 1957. Damals lebten 647 000 000 Chinesen auf dem Festland. Mit anderen Worten heisst das, dass in den vorausgegangenen vier Jahren die chinesische Bevölkerung pro Jahr um 16 000 000 zugenommen hat.

Seither wurden keine offiziellen Angaben über den Bevölkerungsstand mehr gemacht. Aus vielen halboffiziellen Bemerkungen kann man jedoch schliessen, dass die chinesische Bevölkerung jährlich um 1,5 bis 2,2 Prozent zu-

nimmt. Legt man eine jährliche Zuwachsrate von 2 Prozent zugrunde, dann ergibt sich, roh geschätzt, folgendes Bild:

1957	647 Millionen Einwohner
1958	660 Millionen Einwohner
1959	673 Millionen Einwohner
1960	686 Millionen Einwohner
1961	700 Millionen Einwohner
1962	714 Millionen Einwohner
1963	728 Millionen Einwohner

Die rapide Zunahme der Bevölkerung stellt die chinesischen Führer vor akute wirtschaftliche und landwirtschaftliche Probleme.

Obwohl die landwirtschaftliche Produktion in den Jahren 1961 und 1962 gesteigert werden konnte (man hatte der Landwirtschaft in bezug auf Kapitalinvestitionen den Vorrang vor der Industrie gegeben), lag die Nahrungsmittelproduktion Ende des vergangenen Jahres um 10 Prozent unter dem Ergebnis des Jahres 1958. Dabei mussten aber 70 000 000 mehr ernährt werden.

Satire

Ungarn

Von Bardot zu Blech

Das ungarische Fernsehen bringt von Zeit zu Zeit auch westliche Filme. Dass sie nicht politische Propaganda darstellen dürfen, begreift man. Aber andererseits scheinen sie auch sonst nicht den Ansprüchen zu genügen. Jedenfalls wurde ein Mitarbeiter der Budapest satirischen Zeitschrift «Ludas Matyi» nach Betrachtung zweier über die TV gesendeten französischer Lustspiele zum Schreiben angeregt. Sein Aufsatz beschreibt die Erwerbung französischer Filme durch das ungarische Fernsehen. Und so gehen denn die Verhandlungen vor sich:

Ungar: «Zu teuer!»

Franzose: «Ja, das kann wohl stimmen. Aber Sie können noch eine Burleske mit Tati und Bourvil haben. Ich garantiere Ihnen, die Zuschauer werden sich vor Lachen den Bauch halten. Kostet Sie 400 000 Francs.»

U: Wieso müssen sich die Zuschauer eigentlich unbedingt den Bauch halten? Haben Sie vielleicht noch etwas in einer anderen Preiskategorie?

F: Da hätten wir noch einen Film für hunderttausend. Allerdings schon fünf Jahre alt.

U: Und unter diesem Preis?

F: Doch. Da wäre noch ein Schwank mit Fernandel und Yves Montand. 25 000 Francs.

U: Und das ist der billigste?

F: Nein, die gleiche Sache mit 8-mm-Kamera kriegen Sie sogar für fünfhundert. Die Hauptdarstellerin hat übrigens einen kleinen Schnurrbart.

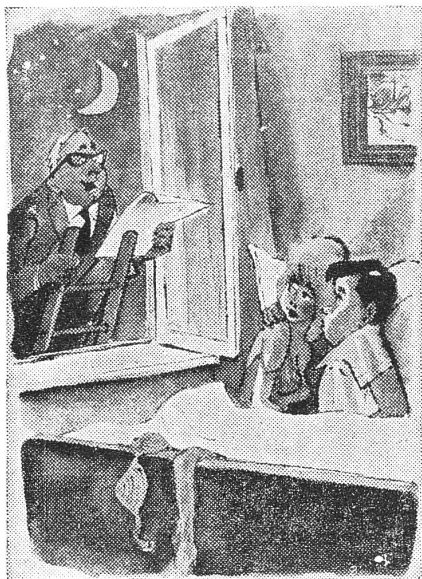
U: Ah so. Und darunter gibt es dann nichts mehr?

F: Das tiefste Angebot: zwei Lustspiele mit samt Behältern für 150 Francs. Bezahlen müssen Sie eigentlich nur die Behälter.

U: Das würde uns aber sehr interessieren. Das ist genau, was wir brauchen... Das heisst, die Behälter brauchen wir eigentlich nicht. Kann ich die abziehen? Vielen Dank... und oh, noch etwas: Sind diese Film... auch ideologisch in Ordnung und künstlerisch einwandfrei?

F: Darauf können Sie Gift nehmen.

U: Denn wissen Sie, wir sind sehr anspruchsvoll. Sehr anspruchsvoll, müssen Sie wissen. Und etwas Minderwertiges vorzuführen, das können wir uns nicht leisten. Wir nicht!



Agitator: «Entschuldigen Sie die kleine Störung. Ich hatte vorhin auf der Versammlung zu sagen vergessen, dass es dieses Jahr rund eine Million Jungwähler gibt. (Eulenspiegel, Ostberlin.)

Der Agitator stört...

In der deutschen Sowjetzone finden am 20. Oktober die «Wahlen» für die Volkskammer, das heisst das Parlament, statt. Eine Auswahl haben die Wähler allerdings nicht. Sie müssen wie in allen kommunistischen Staaten eine Einheitsliste in die Urne werfen. Darauf sind die Kandidaten der Nationalen Front aufgeführt, die aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED = Kommunisten) und den noch vorhandenen Scheinparteien besteht, die der SED untergeordnet sind.

So braucht sich das Regime für den Ausgang der «Wahlen» keine Sorgen zu machen. Aber es macht sich dennoch viel Arbeit. Denn wenn der Wahltag schon sonst keinen Sinn hat, muss er zur Kundgebung werden. Dazu braucht es zunächst möglichst hundertprozentige Beteiligung. Ganze Belegschaften marschieren geschlossen — oft mit Gesang — zur Urne, und den Hochschulstudenten wird vom Rektorat aus begreiflich gemacht, dass man keine Enthaltungen wünscht. Dazu soll aber dem Volk noch begreiflich gemacht werden, um wieviel demokratischer eine solche Art der Parlamentsbestellung sei als die freien Wahlen im Westen.

Das ist nun offensichtlich keine leichte Aufgabe. Und entsprechend ist der Aufwand, mit dem man sie zu lösen sucht. Hier kommt nun die hohe Zeit der vielzitierten Agitatoren. Das sind Zehntausende von Angehörigen oder Vertrauten der Partei, die in mühsamer Kleinarbeit dem Hintersten und Letzten die richtige Ueberzeugung beibringen müssen.

Mittel dazu sind grosse und kleine Versammlungen, Diskussionsabende, Erläuterung von gedrucktem Propagandamaterial. Vor allem aber Hausbesuche und eindringliche Bearbeitung des Einzelnen. Auch wenn es ihn sehr stört.

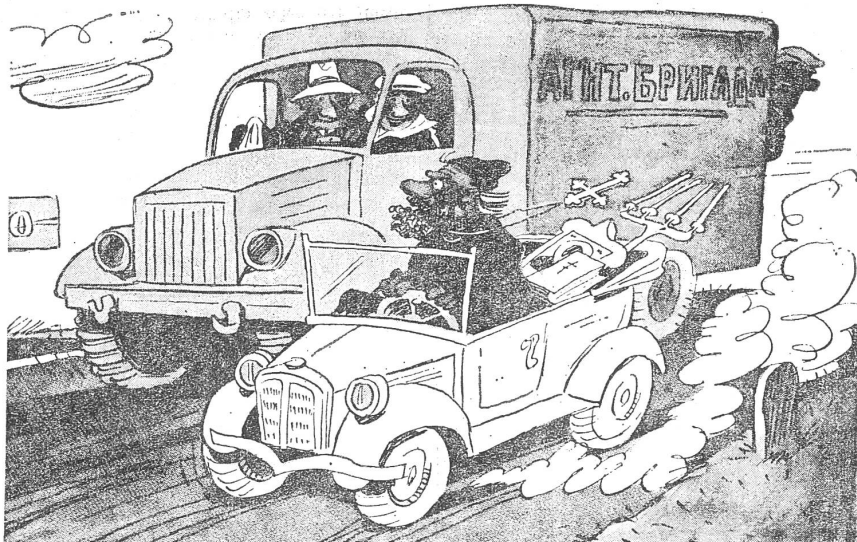
Der Agitator soll den Gesprächspartner mit persönlichen und jedem Fall angepassten Argumenten von der Vortrefflichkeit des Systems und seiner Kandidaten überzeugen. Das wenigstens wird von ihm verlangt. Er müsste etwa erklären können, warum im neuen Parlament zehn Prozent Ex-Nazis sein werden, und warum die braune Vergangenheit in der DDR nichts, in Westdeutschland aber alles bedeute. In Wirklichkeit braucht er die Frage natürlich kaum zu befürchten, weil sich ihm gegenüber niemand als Hörer von Westsendungen zu erkennen geben will. Aber zu den Themen miese Versorgungslage, Ersatzteilmangel, hohe Arbeitsnormen und schlechte Bezahlung sollte er schon von Staates wegen Auskunft geben, denn es liegt dem Regime daran, dass die Stimmung besser ist als der Lebensstandard. Hier zeigt sich das Geschick des Agitatoren. Er kann je nachdem das Gewicht auf folgende zulässige Antworten legen: 1. Bonn ist schuld, weil es uns mit seiner Kriegstreiberei zu hohen Verteidigungsausgaben zwingt. 2. Ihr seid selber schuld, weil ihr euch zu wenig einsetzt. 3. Das sind nur die Anfangsschwierigkeiten in unserm sozialistischen Aufbau. 4. Das ist alles weniger wichtig als die Tatsache, dass bei uns die kapitalistische Ausbeutung aufgehört hat. 5. (nur im Notfall) Sie, passen Sie uff, was Sie da sagen. Wem darüberhinaus noch etwas einfällt, ist entweder ein Verräter an der «sozialistischen Gesellschaft» oder der ideale Agitator.



«Natürlich lassen wir keinen Menschen aus, wenn es darum geht, ihm die Politik unserer Regierung zu erläutern.» («Junge Welt», Ostberlin.)

...manchmal zu wenig

Aber der ideale Agitator ist selten. Manchmal ist seine eigene Ueberzeugung schon nicht so stark, dass sie sich im freien Gespräch durchsetzen könnte. Manchmal ist sein Mut nicht so gross, dass er eine abweichende Redewendung riskieren möchte. Da hält er sich schon lieber an die Sätze, die im SED-Organ «Neues Deutschland» stehen. Manchmal ist seine Bildung nicht so gründlich, dass er alle verwinkelten Zusammenhänge erschöpfend darlegen könnte. Und verwickelt sind sie nun einmal. Häufig ist der Agitator (auch er ist nur ein Mensch) ganz einfach bequem und sucht sein Pensum auf die allseits schonungsvollste Art zu erledigen. Schliesslich braucht er seine Energie noch, um zuhänden des zuständigen Komitees seinen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit abzufassen. Die Leute wollen doch auch beschäftigt sein, denn jedermann soll im kommunistischen Staat nützliche Arbeit für das Volk leisten.



Agitationsprobleme in der sowjetischen Karikatur, diesmal nicht für Wahlen, sondern für atheistische «Aufklärung». Auf dem Weg zum Dorf lässt die schwer motorisierte Agitationsbrigade dem Popen mit seinem Auto den Vortritt. Damit soll die schwerfällige Lauheit der Parteibeauftragten gegenüber dem eifrigen Draufgängertum des «Aberglaubens» gezeigelt werden. (Zeichnung «Krokodil», Moskau.)

Herausgeber: Schweiz, Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telefon: (031) 277 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—), Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.